

Erchein:
an allen Verlagen.
Bezugspreis:
für Monat Dezember
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 260.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Verlagspreis: 4248, 2273,
3110, 3249.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rücklieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundstiftung im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 40.—
Restlandteil 120.—
Für Anzeigen aus
Deutschland . . . 3.50
im Restlandteil 10.—
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Ozekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Uebergriffe, nichts als Uebergriffe!

Als die deutschen Ansiedlungsvertreter und Sejm-abgeordneten nach den Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten schließlich von einem Ministerialdirektor mit einem ganz trostlosen Bescheid abgepeist wurden, da wurde ihnen von diesen Herren wenigstens das eine zugesichert, was eigentlich ja eine Selbstverständlichkeit darstellt, daß man nicht daran denke, mit Polizei und Gendarmen gegen die gekündigten Ansiedler vorzugehen, sondern daß man den Weg des Rechts gehen wolle. Daß auch diese Zusicherung, wie so viele andere einfach in den Wind gesprochen ist, das mögen die nachstehenden Feststellungen erweisen: Die Ansiedler N. und S. aus Koczczyn, Kreis Strelno, geben folgendes zu Protokoll:

„Am 12. d. Mts. erschienen bei uns, und noch auf fünf anderen Stellen in Koczczyn, die alle vom Bezirkslandamt zum 1. Dezember ihre Kündigung auf Grund des Gesetzes vom 14. 7. 20 erhalten haben, der Distriktskommissar aus Strelno, Herr Maciowski, ferner der Schulze aus Koczczyn und der Gendarm aus Jeziora-Wielka. Der Distriktskommissar forderte uns auf, binnen kürzester Frist eine Wohnung für unseren Nachfolger frei zu machen. Falls dies nicht geschieht, würde Gendarmereiverfahren bzw. Militär kommen und mit Gewalt dem Nachfolger Einlass verschaffen. Dem Schulzen gegenüber äußerte der Distriktskommissar, er habe von oben her eins auf den Put gekriegt, weil er bisher nicht energischer in dieser Sache vorgegangen wäre.“

Verschiedene von uns Ansiedlern haben fernerzeit mit dem Bande von der Ansiedlungskommission auch etwas Geld gekauft, und das Holz noch besonders beachtet. Bevor noch die Kündigung in unsere Hände kam, haben wir etwas von dem Holz gekauft und zu Verwandten von uns gebracht. Jetzt hat das Bezirkslandamt dieses Holz bei unseren Verwandten beschlagnahmt, und heute findet die meistbietende Versteigerung dieses Holzes, auf Veranlassung des Bezirkslandamtes, statt.

Aus dem fraglichen Waldchen holte der Ansiedler Bonas eine Kuhre Strauch, weil er es für seinen täglichen Gebrauch brauchte. Der erwähnte Gendarm kam auf Bonas zu und verlangte, er solle das Strauchwerk auf das Schulgelände fahren, damit es dort versteigert werde. Bonas weigerte sich, wurde aber mit Gewalt durch Kniffe und Püffe dazu gezwungen.“

Also die Polizei bereitet im Auftrage des Bezirkslandamtes die Vergewaltigung der in der Verfassung garantierten Rechte der Unverletzlichkeit der Wohnung und der Freiheit des Eigentums vor, und das Bezirkslandamt sucht eine gerichtliche Auseinandersetzung zu vermeiden und nimmt die Hilfe der Polizei in Anspruch. Es steht der Fall übrigens nicht vereinzelt da. Der Distriktskommissar in Stenischewo hat an die in Frage kommenden Ansiedler, jedenfalls auch auf höhere Weisung, die Aufforderung ergehen lassen, die Ansiedlung sofort zu räumen, und sich sofort um eine andere Wohnung zu bemühen, damit die Polizei keine Schwierigkeiten dabei habe.

Ganz wußt geht es im Kreise Inowroclaw zu. Da wirkt ein Landkommisnar, der sich offenbar als kleiner König vorstellt. Den gekündigten Ansiedlern (übrigens unbeskränkten polnischen Staatsbürgern) erlaubt er sich ein Schreiben folgendes Inhalts zu überreichen:

„Hiermit benachrichtige ich Sie, daß ich über die Ansiedlung auf der Sie bisher wirtschafte, die Zwangsverwaltung verhängt habe. Zum Zwangsverwalter habe ich Herrn . . . ernannt. Sie werden die Wirtschaft mit lebendem und totem Inventar, sowie sämtliche Vorräte an Herrn . . . abgeben.“

Nach Artikel 99 der Verfassung ist eine Beschränkung des Eigentums nur in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen möglich. Nun besteht ja allerdings in Polen eine Unmasse von solchen Rechtsbestimmungen, die diesen löblichen Grundsatze der Verfassung durchlöchern und den Verwaltungsbehörden unter gewissen Bedingungen das Recht geben, Eigentum unter Zwangsverwaltung zu stellen, eine Befugnis, die in wirklichen Rechtsstaaten in der Regel allein den Gerichten vorbehalten ist. Kein Rechtsstaat aber existiert, der einen so untergeordneten Beamten wie einen Landkommisnar dazu ermächtigt, über das Eigentum seines Nächsten derart zu verfügen. Und wollen Sie Herr Präsident Karasiewicz, angeführtes eines derartigen Vorgehens von Beamten, für deren Treiben Sie verantwortlich sind, noch immer Ihre „Verlichtigung“ von neuem aufrecht erhalten?

Schließlich kann man es aber einem Landkommisnar nicht gar so übel nehmen, wenn er in der angeführten Weise daneben haut. Er glaubt eben ganz im Geiste seiner Vorgesetzten zu handeln, und will vor allem vermeiden, wegen Säumnis auch etwas auf den Put zu bekommen, wie es dem Distriktskommissar in Strelno ergangen ist. Gibt es doch sogar eine Masse Starosten, denen die Bestimmungen der Verfassung noch immer nicht in Fleisch und Blut übergegangen sind, die das Wegschaffen deutscher Aufschriften dekretieren. (f. Dissa) oder die Präventiv-Zensur einführen. (f. Protoschin und Neutomischel).

Erwähnung verdient auch ein anderes Vorgehen verschiedener Starosten, insbesondere des Obornitzer Starosten, bzw. der unterstellten Distrikts- und Ortsbehörden. Da wird einfach mündlich durch den Gemeindevorsteher oder Distriktskommissar den Betroffenen mitgeteilt, sie dürften nichts vom Inventar von ihrem Grundstücke fortnehmen, oder gar, sie seien unter Zwangsverwaltung gestellt.

Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß eine derartig einschneidende Maßregel den Betroffenen einfach mündlich durch irgendeinen untergeordneten Beamten mitgeteilt wird. Überdies hat auch kein Starost das Recht, Zwangs-

Neue deutsche Note an die Reparations-Kommission.

Stundungsbegehrt der deutschen Regierung. — „Geduld und Abwarten“.

Der Reichskanzler hat Vertretern der deutschen Presse eingehende Aufklärungen über den Stand der Reparationsfrage gegeben. Hervorzuheben ist, daß die deutsche Regierung sich in Anbetracht ihrer finanziellen Lage genötigt sah, einen Stundungsbegehrt an die Reparationskommission zu richten, der folgenden Wortlaut hat:

„An den Herrn Präsidenten der Reparationskommission, Paris. Herr Präsident! Wie wir der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit erklärt haben, ist die deutsche Regierung auf das ernsthafte Bemühen, die beiden, nach dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bevorstehenden Zahlungen zu sichern. Da dies nur mit Hilfe einer im Auslande aufzunehmenden Anleihe gelingen könnte und hierfür eine wesentliche Mitwirkung der englischen Finanzwelt unerlässlich war, so hat die deutsche Regierung in England wegen einer deutschen Anleihe verhandelt. Von maßgebender Stelle ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter den Bedingungen, welche zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei und zwar weder als langfristige Anleihe, noch als kurzfristiger Bankkredit. Unter diesen Umständen kann die deutsche Regierung nicht damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diejenigen Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu bezahlen. Selbst bei aller Anstrengung und unter Rücksichtnahme ihrer budgetierten Lage wird die deutsche Regierung für diese Termine außer den Worten der Schlichterungen und der Gutachten aus dem Recovery-Akt nicht mehr als ungefähr 150—200 Millionen Goldmark aufbringen können. Die deutsche Regierung steht sich dadurch genötigt, für die nicht erfüllbaren Raten vom 15. Januar und 15. Februar 1921 einen Zahlungsaufschub zu beantragen. Sie beschränkt sich zunächst auf diesen Antrag, obwohl sie sich bewußt ist, daß sie bei den nächstfolgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten rechnen muß.“

Von besonderer amtlicher Seite erfahren wir dazu noch, daß in den verschiedenen Verhandlungen, die von Seiten der Reichsregierung mit der Reparationskommission geführt worden sind, immer wieder darauf hingewiesen worden ist, daß Deutschland die Welt und besonders England um Kredit anzufragen solle. Es sind daraufhin offizielle und informelle Schritte unternommen worden und zwar vornehmlich in London. Als Vermittler diente dabei der Präsident der Deutschen Reichsbank Hagenstein, der sich mit der englischen Hochfinanz in Verbindung setzte. Die Antwort, die von englischer Seite erteilt worden ist, ist nicht mündlich, jedenfalls aber dem Sinne nach, noch in die Note aufgenommen worden.

verwaltung zu verhängen, und wenn er etwa die Bundesratsverordnung vom 15. März 1918 anwenden zu können und im Interesse der Volksernährung die Fortschaffung von Inventar von einem Grundstück verbieten zu können glaubt, dann kann er das auch nur schriftlich tun. Wie tatsächlich vorgegangen wird, das zeigt folgender Vorfall:

Bei Herrn K. in Gocz, Kreis Kamisch, der im Frühjahr 1908 eine Ansiedlung gekauft und 1910 die Auflassung erhalten hatte, kommt als Vertreter des Starosten der Kreissekretär mit Gendarm und Distriktskommissar und erklärt ihm: Er sei liquidiert, sein Besitztitel sei erloschen und der Besitz auf den polnischen Staat übergegangen. Auf die Frage nach etwas Schriftlichem erwidert er, das sei nicht nötig, setzt gleich mündlich eine Zwangsverwaltung ein und nimmt das Inventar auf. Am selben Tage noch verfügt er einen Wechsel in der Person des Zwangsverwalters, und der neue Zwangsverwalter schickt sofort einen Boten als seinen Vertreter auf das Grundstück des Herrn K. Dieser bricht, verkauft Vieh, vier Ochsen werden z. B. von einem Gendarm abgeholt, und den Erlös bekommt Herr K. nicht zu sehen.

Aber selbst das Ministerium des ehemaligen preussischen Teilgebiets, das auf Grund der Verordnung über Zwangsauflösung und Zwangsverwaltung von Unternehmungen die Befugnis zur Verhängung von Zwangsverwaltungen hat, macht ja vielfach von dieser Befugnis in einer Weise Gebrauch, die über die Schranken, die die erwähnte Verordnung setzt, sich hinwegsetzt. Wir wollen nicht erinnern an die fernerzeit über die Posener Buchdrucker verhängte Zwangsverwaltung, — oder an die Zwangsverwaltung über die Janowitzer Genossenschaft und über sonstige andere Unternehmungen, bei denen von irgendwelchen Liquidationsrechten des polnischen Staates überhaupt keine Rede sein konnte. Uns sind verschiedentlich Fälle bekannt geworden, wo über Ansiedler, die polnische Staatsbürger, aber auf Grund des Gesetzes vom 14. 7. 20 gekündigt sind, vom Ministerium ein Zwangsverwalter für ihre Grundstücke eingesetzt worden ist. Ein solches Vorgehen ist juristisch nicht zu rechtfertigen. Das Gesetz vom 14. 7. 20 bezieht sich — selbst nach der extremsten polnisch-fiskalischen Auslegung — lediglich auf den Grund und Boden und die damit festverbundenen Gegenstände, nicht auf das Zubehör des Grundstücks. Lediglich über Grund und Boden und Gebäude wäre eine Zwangsverwaltung rechtlich überhaupt möglich. Aber welchen praktischen Zweck kann sie haben? Der Ansiedler wird doch wirklich

men worden, in dem Abiath, der beginnt „von maßgebender Seite“. Durch diese Antwort ist festgestellt worden, daß unter den Bedingungen des Londoner Ultimatums weder ein langfristiger, noch ein kurzfristiger Kredit auf dem Weltmarkt von Deutschland erlangbar ist. Dadurch ergibt sich eine höchst bedenkliche Situation. Bisher hat die Welt sich unter den Bemühungen verschlossen. Es ist dies das erste Mal, daß das deutsche Reparationsproblem in die Zusammenhänge der Weltwirtschaft gerückt worden ist. Der negative Sinn der aus London erteilten Antwort ist der, daß unter der Herrschaft der Londoner Bedingungen Deutschland nicht für kreditfähig gehalten wird. Die selbstverständliche Forderung ist, daß das Ultimatum von London aufgehoben werden muß. Es kommt nur darauf an, daß das Reparationsproblem nicht aus der Diskussion der Welt verschwindet. In dem Verlauf der seit Abschluß des Londoner Ultimatums dahingegangenen acht Monate hat man erkannt, daß die deutschen Zahlungen nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches und damit ein weltwirtschaftliches Problem darstellen. Als Träger dieser Erkenntnis treten die Vertreter der englischen Hochfinanz vor uns hin. Seit dem 10. Mai ist auch die Lage eine andere geworden. Die englische Regierung hat infolge politischer Vorgänge der letzten Zeit jetzt die Möglichkeit, ausgehend von den Sorgen, die die allgemeine Arbeitslosigkeit ihr und der ganzen Welt machen, sich den Fragen des europäischen Volkes zuzuwenden. So ist die Frage das erste Mal von der Gegenseite aufgerollt und besonders durch die deutsche Note, die nicht nur ein Stundungsbegehrt ist; denn sie bittet in ihrem Schlußsatz, daß das Problem in seiner ganzen Tiefe aufgegriffen würde.

Die Antwort der Reparationskommission.

Die Reparationskommission hat gestern die Antwort auf die Note der Reichsregierung fertiggestellt und nach Berlin geschickt. Der Wortlaut der Note wird bis heute nachmittag geheimgehalten. So ist es jedoch schon bekannt, daß die Reparationskommission auf der Erfüllung der Januar- und Februarzahlungen beharrt und daß sie die Reichsregierung auffordert, die Garantien bekanntzugeben, die sie bieten will, um die Januar- und Februarzahlungen zu leisten.

Mit anderen Worten: die Reparationskommission wünscht von der Reichsregierung zu erfahren, wie sie sich die Leistung der Zahlungen denkt. Das ist also die Frage, über die sich die Reichsregierung selber schon den Kopf zerbricht, nachdem sie als einziges Provisorium nur die Ausgabe neuen Papiergeldes zur Verfügung hat.

nicht über Nacht sein Haus abbrechen oder seinen Acker nach Deutschland tragen. Eine Zwangsverwaltung, die in solchem Falle Verfügungsrecht über das bewegliche Inventar verlangt und in die Benutzung oder den freien Verkauf des Inventars eingreift, ist objektiv eine Vergewaltigung des Rechts. Scharf gerügt muß werden, daß auch das Ministerium im Fall der Verhängung der Zwangsverwaltung, es meist nicht für nötig erachtet, die Betroffenen davon schriftlich in Kenntnis zu setzen; das ist aber unbedingt nötig, damit der Betroffene weiß, ob es sich um eine behördliche Verfügung handelt, die wenigstens den Schein des Rechtes an sich trägt, oder um einen verfassungswidrigen Eingriff eines untergeordneten Beamten, auf den er einfach in Ausübung seines Eigentumsrechts mit Nichtbeachtung reagieren kann.

Eine eingehende rechtliche Prüfung der Einzelfälle wäre auch anderen Behörden anzurufen. Es sollte z. B. nicht vorkommen, daß das Liquidationsamt Liquidationsbeschlüsse ins Land flattert läßt, ohne die Frage der Liquidierbarkeit auf das eingehendste geprüft zu haben. Nach dem, was wir von unrechtmäßigen Liquidationsbeschlüssen vernommen haben, scheint man beim Liquidationsamt doch mehr Ratschereit zu machen. Eine große Anzahl von Personen hat den Liquidationsbeschluss zugestellt erhalten, obwohl von Liquidierbarkeit keine Rede sein kann, obwohl ganz zweifelsfrei feststeht, daß es sich um polnische Staatsbürger handelt. Wir erwähnen den Fall des Ansiedlers Karl Kirchbaum in Rudomitz, der seit 42 Jahren im ehemals preussischen Teilgebiet wohnhaft ist, oder den Fall des Ansiedlers Rose in Jaromierz, der im ehemals preussischen Teilgebiet geboren ist und dessen Vater noch hier lebt.

In gleicher Weise beunruhigt das Bezirkslandamt Leute durch Kündigungsbescheide unter Anziehung des Gesetzes vom 14. 7. 20, obwohl für die Unverletzlichkeit dieses Gesetzes selbst nach der Auslegung des Bezirkslandamts kein Raum ist. Besonders im Kreise Samter sind unverantwortliche Sachen vorgekommen. So haben in Ottorowo verschiedene Witwen, die bereits vor dem 11. 11. 1918 die Auflassung hatten, das Kündigungsbescheid erhalten. Andererseits sind solche auch verschiedenen Leuten zugegangen, die ihre Auflassung nach dem 11. 11. 18 erhalten hatten, aber nicht vom preussischen Staat, sondern bereits aus privater Hand, in der sich diese Grundstücke bereits am 11. 11. 1918 befunden hatten.

Ein Kapitel für sich bildet das Vorgehen des Bezirkslandamts bei den Taxierungen gelegentlich der Aus-

Sejm.

(Fortsetzung des Berichtes über die Freitagssitzung.)

Die Beratung über die Finanzsanierungsmassnahmen wird fortgesetzt.

Abg. Radziszewski: Eine der trüben Seiten unseres parlamentarischen Lebens ist der demagogische Ton, in dem sogar ernste Abgeordnete reden. Es ist unsere Pflicht, den Finanzminister zu unterstützen und ihm die erforderlichen Vollmachten zu geben. Das Gesetz steht zur Verfassung nicht im Widerspruch. Das wurde auch im Finanz- und Handelsausschuss festgestellt. Es darf hier nicht von einem Kampf zwischen dem Finanzminister und der Verfassung gesprochen werden. Es handelte sich hier um das Wohl des Staates.

Finanzminister Michalski:

Am 4. Oktober legte ich dem Sejm mein Programm vor. Am 8. Oktober legte die Regierung den Gesetzentwurf über die Massnahmen zur Sanierung der Finanzen und einige Tage später den Entwurf über die Danina vor. Ich habe damals um schnelle Erledigung. Seitdem sind zehn Wochen vergangen, und bis jetzt ist nur einer jener Entwürfe Gesetz geworden.

Wenn ich unter solchen Umständen jetzt noch die schwerste Last im polnischen Staate auf meinen Schultern trage (Marude links) und auf meinem Rücken verharre, so geschieht dies aus zwei Gründen: 1. weil meine Arbeit immerhin nicht ganz fruchtlos ist, 2. weil das Land und das Ausland mir Vertrauen schenken, was für einen Minister und für den Risikos große Bedeutung hat. Und zwar sind es nicht nur die bestehenden Mächte, die sich mit mir solidarisch fühlen, sondern auch die kleinen Handwerker, die Arbeiter und Kleingewerbetreibenden. Es mag mir erlaubt sein, für die mir zuteil gewordene Anerkennung herzlich zu danken.

In den nächsten Tagen werde ich die Bevölkerung auffordern, eine Zusammenarbeit bei der Verkleinerung der Provinzialbehörden, der staatlichen Ämter und Anstalten zu organisieren, denn ein einzelner Mensch ist nicht imstande, diese Aufgabe durchzuführen. Das entspricht der Meinung der Throner Richter und Staatsanwälte: Sie sprachen sie in ihrer Adresse aus, in der sie Staatsbürgerlicher Sinn und Vaterlandsliebe mit praktischem Sinn zu der technischen Durchführung der Aufgabe vereinigten. Es mag mir erlaubt sein, einen Absatz dieses Schriftstückes, welches verdient, für andere als Muster zu dienen, zu verlesen. (Der Minister verliest eine Stelle, in der die Unterzeichner der Adresse ohne Entschädigung und ohne Vorbehalte ihre ganze freie Zeit der Aufgabe, das staatliche Leben ins richtige Geleis zu bringen, zur Verfügung stellen wollen, und diesen Beschluss feierlich mit einem Gelübde bekräftigen. Die Unterzeichner haben die Absicht, einen besonderen Vollmachtenauschuss zu wählen, um ihre Ämter den Befehlen der Behörden anzupassen und sich mit anderen Organisationen zum Zweck der Regelung dieser Arbeit in Verbindung zu setzen.) Die Verminderung des Beamtenpersonals kann nur nach einer gründlichen Prüfung der Verhältnisse eintreten. Mit dieser Prüfung werden die geeignetsten Elemente noch in diesem Monat betraut werden, wenn ich in dem jetzt in Beratung stehenden Gesetz die erforderliche rechtliche Grundlage dazu erhalte.

Ich habe meine Stellung in einer ungewöhnlich schweren Zeit angetreten. Die Lage der Dinge erfordert Sondergesetze. Das wichtigste von ihnen ist das heute auf der Tagesordnung stehende. In ihm sind vier Fragen berührt: die Valuta, die Befestigung des Defizits, die Schaffung eines beratenden Organs und die Frage der besonderen Vollmachten für den Finanzminister. Was den an zweiter Stelle genannten Punkt betrifft, so handelt es sich hier um die Verminderung der Behörden und zugleich um die Möglichkeit, verschiedene staatliche Unternehmungen zu verpacken.

Ich herühre einen besonders wichtigen Punkt. Ohne besondere Vollmachten wäre unter den herrschenden Umständen der Finanzminister ein Mann ohne Arme. Ich bin nicht hier hergekommen, um die Einkünfte des Staates zu inflatieren, und ich habe nicht die Absicht, Kaffierer des Staates zu sein. Im Ausschuss wurde einstimmig das Vetorecht des Finanzministers im Ministerrat beschlossen.

Es wurde von einer Seite gesagt, der vorliegende Gesetzentwurf beeinträchtige die Machtfülle des Sejm. Wie? Soll der Sejm keine Opfer bringen, während alle andern ihre Opferwilligkeit durch Taten beweisen? Das wäre eine Kulturschande. (Großer Lärm auf der linken Bank. Zusage. Vizepräsident Osiecki unterbricht die Sitzung zum Zweck der Wiederherstellung der Ruhe.)

Nach der Wiederaufnahme der Sitzung ruft Vizepräsident Osiecki den Abg. Zuluski zur Ordnung für einen unparlamentarischen Ausdruck gegen den Finanzminister.

Nach einem kurzen Schlusswort des Finanzministers wurde der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen. Ebenso die Beschlüsse über die Verkleinerung der Behörden und Verminderung der Ämter und staatlichen Anstalten, sowie das Gesetz über besondere Vollmachten für den Finanzminister betr.

Menschen und Götter sind in große Zusammenhänge gefasst, der Zuschauer sieht die Kraft, die Siegmund und Sieglinde zu einander treibt, das Schicksal, das Brünnhilde zwingt, dem Göttervater ungerathen zu werden, die Macht, der gehorchend Wotan sich von seiner Lieblingsgöttin trennen muß.

Aufgabe einer Aufführung der „Walküre“ als Einzeloper ist neben der plastischen Herausarbeitung — der musikalischen und der szenischen Herausarbeitung — der Einzelvorgänge die eindringliche Gestaltung dieser Erinnerungs- und Ahnungssituation, die Betonung der Gewaltigkeit der Macht, der sich Menschen und Götter beugen müssen.

Bei der hiesigen Aufführung der „Walküre“ diese Aufgabe gelungen? Die Frage ist zu bejahen. Über der Aufführung liegt ein großer Ernst; zwischen Brünnhilde, Orchester und Sängern ist eine Übereinstimmung erzielt, die dem Ideal, das Wagner vor sich hatte, schon sehr nahe kommt; man fühlt, daß hinter dem Gesang eine große Idee steht, und man dankt dem Abend das ästhetische Erlebnis, das die künstlerische Verkörperung einer großen Idee gibt.

Götter und Menschen haben in der hiesigen Aufführung überaus gute Darsteller gefunden. An erster Stelle ist der Wotan des Herrn Urbanowicz zu nennen, dessen schönes Organ dem Ohr einen ganz ungewöhnlichen Wohlklang gibt, — ein Wotan, der Größe und Weisheit in sich vereint. Ihm zur Seite eine ebenfalls sehr schön singende Fricka: Frä. Wolska. Die Schönheit der Organe der beiden Darsteller — Wotan und Fricka — gibt auch den dramatisch oft zu erscheinenden schließlichen Auseinandersetzungen des göttlichen Ehepaares einen starken Reiz.

Brünnhilde ist Frä. Szafarska: eine mehr lyrische als dramatische, aber als solche durchaus anerkenntniswerth, wirkungsvolle Brünnhilde.

Der Siegmund des Herrn Bedewicz ist keine gleichmäßige Leistung. Einer seiner Hauptfehler ist die zu breite Vokalisation in der Tiefe, die den Ton in dieser Lage oft flach und klanglos macht, was gerade in dieser Partie besonders fühlbar wird. In der Höhe dagegen gewinnt er als Siegmund seiner Stimme, glänzende, strahlende Töne ab, die großen Teilen seiner Partie den jüngerlinghaft heldischen Charakter geben, der ihr zusteht.

Frä. Orlewska als Sieglinde fügt sich in das Ensemble mit Geschick und Geschmeid ein, doch würde eine etwas lyrischere Behandlung gerade dieser Partie die Wirkung ihrer Leistung noch heben.

Regelung des Geldverkehrs mit dem Auslande und des Verkehrs mit fremden Valuten.

Sejmung vom Sonnabend, dem 17. Dezember.

Warschau, 18. Dezember. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die Finanzsanierungsmassnahmen.

Abg. Moraczewski (Soc.) erklärt, die Mehrheit des Hauses hätte sich nicht genügend Rechenschaft gegeben von der Bedeutung des Planes der Ausschmilderbeit. Es dürfte keine Politik getrieben werden, durch die dem Staat gewinnbringende staatliche Unternehmungen in die Hände von Privatpersonen gegeben werden.

Der Minderheitsantrag zu Art. 5 wird abgelehnt. Das Gesetz über den Geldumlauf wird in dritter Lesung angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung: die Industriekrise.

Abg. Neger begründet die Anträge der Minderheiten.

Leiter des Industrie- und Handelsministeriums Strahburger: Drei Punkte sind jetzt besonders wichtig. Die auf eine Herabsetzung der Preise gerichteten Bestrebungen, die Kredithilfe und die Förderung der polnischen Ausfuhr. Die Ausfuhr aus Polen ins Ausland trifft auf recht große Schwierigkeiten, sogar wenn die Konjunktur für die Ausfuhr günstig scheint. Die Hauptursache ist in erster Linie der immer noch ungesteigerte Kurs der polnischen Valuta und das große Risiko als Folge davon. Die Schwierigkeiten der Ausfuhr sind zugleich zum Teil darauf zurückzuführen, daß Polen immer, so auch jetzt, eine große Industriehilfe hat, aber niemals einen internationalen Handel hatte. So ist es auch jetzt. Die Lage hat sich in der letzten Zeit dadurch etwas gebessert, daß die Warenpreise im Auslande in die Höhe gingen, was uns die Möglichkeit gibt, eher mit dem Auslande zu konkurrieren. Unsere Industrie hat sich intensiv mit der Organisation der Ausfuhr beschäftigt. Es handelte sich um die Gründung eines Verbandes von Exporteuren, hauptsächlich für die Textilindustrie und die landwirtschaftliche Maschinenindustrie. Polen muß in Handelsbeziehungen zu dem Ausland treten und mit allen Staaten und mit allen Nachbarn, auch mit der Tschechoslowakei, Handelsverträge schließen. Die Regierung hat der Industrie neue Kredite in Höhe von 10 Milliarden gewährt. Was die weitere Finanzhilfe betrifft, so werden wir sie nach Maßgabe der Notwendigkeit geben. Ich stelle fest, daß die Finanzlage unserer Banken sich in der letzten Zeit etwas verbessert hat. Sie haben schon einen großen Vorrat an Vorend, so daß gesagt werden kann, daß die staatliche Kredithilfe für sie schon gewisse Früchte gebracht hat. Was den Sejmtraktat auf Erhöhung des Kredits für die kleinen Gewerbebetreibenden und Handwerker betrifft, um weitere 300 Millionen für das laufende Jahr, so steht die Regierung diesem Antrag durchaus günstig gegenüber.

Nach Ansprachen der Abg. Zuluski, Wierzbicki, Gdyl und Waszkiewicz wurden alle zu den in Betracht kommenden Trager vorgeschlagenen Entschliessungen angenommen.

Der Gesetzentwurf über die weitere Emission von Noten wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ebenso ein Gesetzentwurf über Änderung der Bestimmung über die Gerichtsbarkeit.

Nächster Punkt der Tagesordnung: Ratifizierung des Abkommens zwischen Danzig und Polen vom 24. Oktober d. Js. Nach dem Bericht des Abg. Grabski und nach einer Ansprache des Ministers für Unterricht wurde das Abkommen einstimmig ratifiziert.

Nach Erledigung einiger weniger wichtiger Angelegenheiten ging der Sejm in die Weihnachtsferien.

Nächste Sitzung am Dienstag, dem 10. Januar.

Aus Oberschlesien.

Die deutschen Krankenkassen im abzutretenden Oberschlesien.

Kattowitz, 18. Dezember. (Tel.-An.) Die Kommission für soziale Versicherung in Oberschlesien hat nach dreiwöchigen Verhandlungen die Grundsätze festgelegt für die Überführung der Krankenkassen in Oberschlesien. Die Kassen werden polnisch und kommen unter polnisches Aufsichtsrecht. Die Überführung des Fonds erfolgt gemäß den Bestimmungen des Artikels 312 des Friedensvertrages. Dieser besagt, daß die deutsche Regierung die auf die abgeschlossenen Versicherungen entfallenden Reserven der polnischen Regierung übergibt. Von diesem Zeitpunkt ab ist die Verwaltung polnisch.

Korfauch in Beuthen.

Die Stellung, die Korfauch während der oberschlesischen Verhandlungen einnehmen sollte, war recht unklar, da er anfangs nicht zu der polnischen Kommission gehörte, dann aber auf Verreiben der Reichsregierung in das die Verhandlungen leitende Präsidium der polnischen Delegation berufen wurde. Trotzdem fehlte zur allgemeinen Überraschung sein Name in der endgültigen Liste der polnischen Unterhändler. Privatnachrichten bestätigen jetzt, daß er tatsächlich als Generalberater fungiert und dem Präsidium der Kommission angehört.

Wichtig und düster, einheitlich, kraftvoll in Spiel, Erscheinung und Gesang ist Herr Kopiel als Gunding.

Die Walküren entledigen sich ihrer Aufgabe mit Anstand. Ihr Gesang im dritten Akt war Kraft und Wohlklang. Es sind die Damen: Dziemalska, Sendorowska, Kozaczanska, Lipinska, Marynowiczówna, Majczakówna, Miśkowska und Wolska.

Es darf mit besonderer Anerkennung darauf hingewiesen werden, daß alle Sänger und Sänginnen den ihnen doch ziemlich fremden Stil der Deklamation Richard Wagners mit überraschendem Geschick trafen. Erleichtert wird ihnen diese Aufgabe durch eine offenbar sehr gute, gewinnbringende und von eindringlicher Kenntnis der Partitur und der Zusammenhänge getragenen Übersetzung, die es möglich macht, daß auch in dem sprachlich neuen Gewande den Akzenten ihr Recht wird und dadurch das feste, sinnvolle Zusammenwirken zwischen gesungenem Text, Orchester und Bewegungen der Darsteller ermöglicht wird. Als Beispiel der hier genannten Übersetzung der „Walküre“ mag der Anfang des Vorgesungen angeführt werden (Siegmund): „Was heisst das auch sei, hier muß ich rasten.“ Übersetzung: „Czykolwiek ten dom, tu spocząć muszę.“

Die Bühnendekoration ist zum Teil von hervorragender Eindringlichkeit und Stilgerechtigkeit. Besonders hervorzuheben ist in dieser Hinsicht der dritte Akt: die ununterbrochen dahinziehenden Wollen und die dem Charakter der Musik entsprechend wechselnde Beleuchtung geben dem Auftreten der Walküren und dem Abschied Wotans von Brünnhilde ein eigentümlich gespenstisches, schmerzhaftes, innerliches Leben. Auch der Feuerzauber gelang gut. Nur darf der hintere Prospekt nicht so stark beleuchtet werden, daß dadurch die Rollen der Leitenden sichtbar werden und dadurch die gerade vorgezeichnete, lebhaft gesteigerte Aktion zerstört wird. Spielleiter ist Herr Ludvig.

Herr Direktor Dolbeil, der sich das Zustandekommen dieser Aufführung zu seinen bedeutendsten Verdiensten rechnen kann, hielt am Dreizehnten das Ganze mit kraftvoller Hand zusammen, feuerte die Mitwirkenden zur Ausspannung aller Kräfte an und gab der wunderbaren Polyphonie des Orchesters Klarheit, Sinn und Wohlklang. Lange anhaltender Beifall nach jedem Akt dankte ihm und seinen Mitarbeitern für die in die Aufführung der „Walküre“ hineingelegte künstlerische Arbeit.

Abgabe des Wiederkaufsrechts. Da wird eine Ansiedlung in Elblekow, Kreis Pischin, mit sämtlichen lebenden und toten Inventar von den Tagatoren des Ansiedlungsamtes auf 300 000,— geschätzt, während die von unparteiischen Tagatoren gleichzeitig ausgeführte Schätzung einen Wert von sechs Millionen Mark ergibt. Das Jahnebüchene dieser 300 000 M.-Schätzung wird einem Klar, wenn man erfährt, daß dasselbe Bezirkslandamt dem Besitzer einer ungefähr gleichgroßen Ansiedlung in Mroczyn bei Kempen, der sein Besitzum verkaufen wollte, für eine zu preussischer Zeit genossene Jahresrente den Betrag von 621 000,— abverlangte. Danach müßten sich also landwirtschaftliche Grundstücke mit einem Satz von mehr als 200 Prozent verzinsen. Dieser Grundsatze des zweierlei Maß ist ebenso charakteristisch für die Schätzungen, die vom Bezirkslandamt ausgehen, wie für die bei der im Sommer erfolgten Domänenübernahme. Es wird uns z. B. folgender Fall berichtet:

Bei Übernahme einer Domäne im Kreise Schroda wurde für ein Pferd ein Übernahmepreis von 35 000 M., für ein Kind ein Übernahmepreis von 7000 M. festgesetzt. Der polnische Nachfolger hat sofort ein Vorwerk an einen polnischen Bauern weiterverpachtet und ihm dabei für die gleichen Pferde und Kinder 120 000 Mark für ein Pferd und 20 000 Mark für ein Kind angesetzt.

Einen Sülenspiegelstreich des Bezirkslandamtes, der in dieser Richtung liegt, wollen wir unseren Lesern auch nicht vorenthalten:

Es handelt sich um eine Ansiedlung, deren Eigentümer im Jahre 1915 gefallen ist. In diesen Fällen pflegt das Bezirksamt die betrubte Witwe zu ihrem sonstigen Schmerz noch mit der Eröffnung zu beglücken, daß ihr Haus und Hof auf Grund eines angeblichen Wiederkaufsrechts abgenommen werden soll. Das war denn auch hier der Fall, es fand eine Abschätzung der Wirtschaft und des gesamten lebenden und toten Inventars in diesem Sommer statt. Diese ergab — es handelte sich um 62 Morgen — den kolossalen Betrag von 186 340 Mark. Von dieser Summe wurden daraufhin sämtliche auf dem Grundstück lastenden Schulden und ein Ausgedinge sowie 25 Prozent des Schätzungspreises abgezogen, und diese Operation führte zu dem eigentümlichen Resultat, daß sich ein Minus von 40 090 68 Mark ergab. Das Bezirkslandamt bekam es daraufhin wirklich fertig, die Witwe aufzufordern, das Grundstück an den polnischen Staat aufzulassen und für dieses Vergnügen noch die Differenz von 40 090 M. und 68 Pf. in die Kasse des Bezirkslandamtes einzuzahlen. Wirklich ein famoser Kauf, bei dem der Verkäufer, anstatt einen Kaufpreis zu erhalten, dem Käufer noch etwas zuzahlen hat!

Die Spannung zwischen Polen und den Baltischen Staaten.

Die zeitweilige Spernung des polnischen Korridors für lettlandische Staatsangehörige, die als Vergeltungsmaßregeln gegen die angebliche Bedrückung der Polen in Lettland erfolgte, ist, einer Meldung aus Riga zufolge, durch energiegelichen Protest der lettlandischen Regierung nunmehr aufgehoben worden. Damit ist jedoch die lettlandische Vertimmung gegen Polen nicht behoben. Dieses zeigte sich am Dienstag gelegentlich der Aderlassung der Beglaubigungsurkunde durch den neuen lettlandischen Gesandten Laurits an den Präsidenten der lettlandischen Konsultante Tschakke. Beide Staatsmänner betonten in ihren Ansprachen die Gemeinamkeit der Interessen Litauens und Lettlands, denen gleiche Gefahren drohen.

In Anbetracht dieser Sachlage verdient die in Riga begonnene neue Konferenz Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens, die wiederum unter Ausschluss Polens stattfindet, Beachtung.

Der Aufbruch der ursprünglich auf den 13. Dezember geplanten deutsch-lettlandischen Entschädigungsverhandlungen auf den Januar wird lettlandischerseits offiziell durch das Dagwischenreiten der baltischen Konferenz in Riga erklärt.

Oesterreich erkennt das Abstimmungs-ergebnis nicht an.

Wien, 17. Dezember. Die österreichische Regierung überlände der interalliierten Kommission in Odenburg eine amtliche Note, worin sie erklärt, daß sie das Ergebnis der Abstimmung nicht anerkennen könne und aus diesem Grunde jede Verantwortung ablehne.

Die Walküre.

Der bedeutendste Operabend in Posen, seit das Posener Stadttheater sich in ein Theater Wiens verwandelt hat: die erste Aufführung einer Wagneroper an dieser neubenannten Stätte. Wagners „Walküre“ in polnischer Sprache.

Es war eine Tat, eine künstlerisch bedeutende Leistung. Nicht nur, weil es geschah, sondern auch, wie es geschah.

Vom Standpunkt extremer Bayreutherer vielleicht eine Anekdote: die „Walküre“ nicht im Zusammenhang des „Rings“, sondern als Einzeloper. Wenn aus rein musikalischen Gründen daran liegt, den dramatischen Sinfoniker Wagner zu hören, dem wird auch in diesem Fall der Sperrling in der Hand lieber sein als die Taube auf dem Dach und die „Walküre“ allein lieber als der ganze „Ring“, wenn man ihn doch nicht zu hören bekommt.

Da die Direktion des Großen Theaters die „Walküre“ als Einzeloper gab, aus dem Ring-Zusammenhang herausgerissen, benutzte sie sich, die Oper dem Verständnis des hiesigen Publikums, bei dem man ja eine Kenntnis der ganzen Tetralogie nicht voraussetzen darf, dadurch näher zu bringen, daß sie alles strich, was nur den Zusammenhang zwischen der „Walküre“ und den anderen Teilen des Ringes herstellt und ohne Kenntnis des Gesamtwerkes unverständlich ist. Man wird dagegen kaum etwas einwenden dürfen. Der dramatische Inhalt der „Walküre“ selbst wird dadurch zweifellos stärker in den Vordergrund gehoben: Schuld und Verstrickung Brünnhildens treten klarer hervor, als es vermutlich in einer ungekürzten Aufführung der Fall gewesen wäre; ihr Eintreten für das Liebes- und Geschwisterpaar Siegmund und Sieglinde, das im ersten Akt das Mitgefühl des Zuschauers weckt, wird stärker betont, läßt ihr Vergehen sympathischer und sie selbst als tragische Heldin erscheinen.

Natürlich kann und soll der Zusammenhang zwischen der „Walküre“ und den übrigen Teilen des „Rings“ auch bei einer solchen Aufführung nicht ganz aufgegeben werden. Ist doch die Musik der Walküre an sich schon Erinnerung an früher Geschehenes und Ahnung des Kommenden. Darin liegt ihr Hauptzauber, der Zauber, den sie wohl auch auf einen musikalischen Hörer ausüben muß, der die Walküre, die die „Walküre“ mit dem „Rheingold“, dem „Siegfried“ und der „Götterdämmerung“ verbindet, nicht kennt. Dieser Charakter der Erinnerungs- und Ahnungsmusik gibt dieser Musik zugleich ihre Tiefe, ihre Größe, ihren transzendenten Ernst:

Die Abrüstungsfrage.

Das Flottenverhältnis.

Washington, 17. Dezember. Die künftige Flottenproportion der fünf Mächte, Amerika, Großbritannien, Japan, Frankreich und Italien, wird sein wie 5:5:5:3:2.

Nachmals das Flottenprogramm.

Paris, 17. Dezember. Unter dem Datum vom 16. d. Mts. berichtet ein Radiotelegramm aus Washington, daß sich dort eine Kommission von 15 Personen versammelt habe, um die Seeabrüstung zu besprechen. Die Kommission setzt sich aus Vertretern von fünf Staaten zusammen. Der französische Delegierte, Admiral Le Bon, forderte, daß man Frankreich zehn überdreadnoughts zu je 35 000 Tonnen zuerlassen soll. Die auf diese Weise gebaute französische Flotte würde nach ihrer Fertigstellung ein wenig stärker sein als die japanische. Der italienische Delegierte Schanzer, der von der Annahme ausging, daß die italienische und französische Flotte gleich stark sein müßten, protestierte gegen diesen Vorschlag und bemerkte, daß eine solche Verstärkung der französischen Flotte eine gewaltige Erhöhung der bestehenden Tonnage in Italien herbeiführen würde. Dies wiederum würde bedeutende finanzielle Kosten und fatale wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. Nach dem Bericht der Savas teilte die englische Delegation der Presse mit, daß der französische Vorschlag, der eine so bedeutende Vergrößerung der Flotte erfordere, den ganzen Plan der Seerüstungen umzuwerfen werde, der gestützt ist auf das Verhältnis von 5 zu 5 zu 3, da Italien ebenfalls eine Verstärkung seiner Flotte in gleichem Verhältnis fordert. Der italienische Delegierte Schanzer behauptet, daß Frankreich in seinen Seerüstungen über das Ziel hinausgeschossen habe.

Der Kampf um das irische Abkommen.

London, 18. Dezember. (Telunion.) Die Regierung kann auf eine vollständige Unterwerfung der drei großen Parteien rechnen, die entschlossen sind, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um den irischen Frieden möglichst gemäß dem Abkommen zu verwirklichen. Das Unterhaus hat am Freitag in öffentlicher Sitzung über die Frage der Annahme oder Ablehnung des Abkommens beraten. Aus gut informierter Quelle berichtet man, daß eine Mehrheit für das Abkommen vorhanden ist, wenn sie auch klein sein dürfte.

Sir Craig schreibt in einem Brief an Lord George: Wir sind davon überzeugt, daß es weder im Interesse Großbritanniens noch im Interesse des Reiches ist, daß Ulster seinen untergeordneten ist. Die Weigerung Sinnfeind, den Treueid der englischen Dominions anzunehmen, macht es nach Ulsters Ansicht unmöglich, jemals dem irischen Reich zu beigehen. Weiter protestiert Craig gegen das ebenmäßige Aufsteigen einer Grenzregulierungskommission.

Senator Borch über die Wohlfahrt der Welt.

London, 17. Dezember. (Telunion.) Wie aus New York gemeldet wird, hat Senator Borch in einer Versammlung mitgeteilt, daß er im Senat für die Annulierung der Schulden in den Vereinigten Staaten stimmen würde, wenn Europa vorher den Versailler Vertrag revidieren würde. Die Wohlfahrt der Welt hänge ab von drei Punkten:

1. der vollständigen Revision des Versailler Vertrages,
2. der vollständigen Abrüstung aller Länder,
3. der Ueberzeugung, daß die Welt nicht länger von der Macht regiert werden könne.

Deutschland vor einer Regierungsrise?

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: Die Reichstagsfraktion der deutschen Volkspartei trat dreimal zur Fraktionsbildung zusammen. Es handelt sich um eine grundsätzliche Erwägung der Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Volkspartei wieder in die Regierung eintreten soll. Die grundsätzlichen Erwägungen der Fraktion stützen auf eine Schwierigkeit. Als Wirth im Herbst sein neues Ministerium zusammenstellte, stellte sich die deutsche Volkspartei auf dem Standpunkt, daß sie unter keinen Umständen in ein Kabinett Wirth eintreten werde. Will sie ihrer Stellungnahme treu bleiben, so müßte sie als erstes eine völlige Neubildung der Reichsregierung fordern.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat gestern unter dem Vorsitz von Dr. Stresemann zu einer wichtigen Besprechung zusammen. Angeht es der Möglichkeit bevorstehender innen- und außenpolitischer Umgestaltungen in Deutschland wegen der Reparationsfrage befaßt sich die Fraktion mit wichtigen innen- und außenpolitischen Fragen. Wie wir erfahren, wurden endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt, vielmehr sollen die Beratungen heute fortgesetzt werden.

Strafantrag im Jagow-Prozess.

Leipzig, 17. Dezember. (Telunion.) Im Jagow-Prozess beantragte der Oberstaatsanwalt unter Zuhilfenahme mildernder Umstände gegen den Angeklagten v. Jagow 7 Jahre und gegen die Angeklagten Freiherren v. Wangenheim und Dr. Schiele je 6 Jahre Gefängnis. In seinen mehr als zweistündigen Ausführungen kam der Oberstaatsanwalt zu dem Schluss, daß die drei Angeklagten nicht nur als Mörder, sondern im gewissen Sinne auch als Mithräter des Rapp-Bundes anzusehen seien und daß sie daher nicht unter das Amnestiegesetz fallen. Da sie jedoch aus politischen Motiven gehandelt hätten und ein chlores Vorgehen ihnen nicht zur Last gelegt werden könne, seien allen drei Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen.

Der „Glas Borany“ vom 18. Dezember bringt als eigene Meldung folgende fabulöse Nachricht aus London: Der englische Professor Fisher hat am Freitag in einer Vorlesung erklärt, es sei ihm aus vollkommen sicherer Quelle mitgeteilt worden, daß es einem deutschen Gelehrten gelungen sei, synthetisches Gold zu erfinden.

Die Kosten der Produktion müßten nur ein wenig verringert werden, um die Welt mit diesem wertvollen Metall zu überschwemmen. Auf diese Weise würde die Wiedergutmachungsfrage für Deutschland belanglos werden, da dieses über kolossale Reichtümer verfügen würde. Infolgedessen, so sagte der Professor, müßte man sachliche Leistungen fordern.

Republik Polen.

Die Liquidierung des Teilgebietsministeriums bis April verschieben. Die Liquidierung des Ministeriums im ehemaligen preussischen Teilgebiet wurde bis zum 1. April verschoben. Vom 1. Januar jedoch werden folgende Departements übernommen: Gesundheitsdepartement, Departement für öffentliche Arbeiten, Nahrungsdepartement, politische Abteilung und das Statistische Amt.

Tagung der Wojewoden. Am Sonnabend hat die Tagung der Wojewoden aus ganz Polen ihre Beratungen begonnen. Am Sonntag gab der Minister Dymowski ein Frühstück für die Regierungsmitglieder und die Wojewoden.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 19. Dezember.

Das Ergebnis der Posener Stadtverordnetenwahlen.

Die Posener Stadtverordnetenwahlen gingen am gestrigen Sonntag, beinahe hätten wir gesagt, „unter Donner und Bliz“, jedenfalls aber bei einem zur höchsten Potenz gesteigerten Aprilwetter bei dem ein wüster mit Regens- und Schneeschauern vermischter Sturm den Grundton angab, vor sich. Möglich, daß ein Teil der Wähler sich durch das fürchterliche Wetter von der Ausübung der Wahl abhalten ließ; sicher aber ist, daß ein großer Teil der Wähler überhaupt nicht in den Wahllokalen stand und mühsam unverrichteter Sache wieder abziehen mußte. Nach unserer in den großen Grundzügen einwandfreien Feststellungen übten von 92 136 eingetragenen Wählern 58 866 ihr Wahlrecht aus, während 33 270 sich an der Wahl nicht beteiligten. Die Wahlbeteiligung entsprach demnach 62,97 v. H. Auf die Liste 9 (die deutsche Liste) entfielen 2 193 Stimmen; gewählt sind mithin von dieser Liste zwei Kandidaten: Hauptkassier Dr. Loewenthal und Domherr Klinka. Im einzelnen ergibt sich folgendes Wahlergebnis:

- Liste 1 (polnische Sozialistenpartei) 1780 Stimmen, 2 Sitze;
2 (nationale Arbeiterpartei) 6248 Stimmen, 7 Sitze;
3 (freie Verbände der Buchdrucker usw.) 2232 Stimmen, 2 Sitze;
4 (Kommunisten) 4272 Stimmen, 5 Sitze;
5 (christlich-nationale Arbeiterpartei) 8721 Stimmen, 10 Sitze;
6 (Verband der Kriegsinvaliden) 2448 Stimmen, 2 Sitze;
7 (bürgerlicher Wahlausschuß, d. h. Nationaldemokraten) 24340 Stimmen, 28 Sitze;
8 (arbeitende Intelligenz) 1687 Stimmen, 2 Sitze;
9 (deutsche Liste) 2193 Stimmen, 2 Sitze.

Weihnachten!

Unter den mannigfachen Geschenkartikeln zum Feste wird stets ein gutes Buch auf dem Weihnachtstische große Freude bereiten. Wir empfehlen die noch vorrätigen Bände unserer Verlagswerke zu diesem Zweck und haben sie in unserm Geschäftslokale zur Auswahl bereitgestellt.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Poznań ulica Świerzyńskiego (Tiergartenstraße) Nr. 6.

Geldausfuhr.

Eine neue Devisenverordnung vom 6.12.21 ab gültig. Dziennik Ustaw nr. 96 enthält folgende neue Bestimmungen:

Die Ausfuhr von polnischen Mark in Bar, Schecks und Abrechnungen oder kaufmännischen Verpflichtungen ist ohne besondere Erlaubnis bis zur Höhe von 20 000 Mark poln. einmalig oder 60 000 Mark poln. monatlich erlaubt. Die Erlaubnis zur Ausfuhr von von Mark bis zu 50 000 Mark erteilt die Polska Krajowa Kasa Pózyczkowa oder ihre Geschäftsstellen.

Die Erlaubnis zur Ausfuhr höherer Summen erteilt das Finanzministerium oder die von ihm bestimmten Organe. (Organe sind die Delegierten des Ministeriums.)

Die Weihnachtsferien haben am Deutschen Privatgymnasium mit Rücksicht auf die in diesen Tagen stattfindende Meßfeier bereits heute, Montag, mittag ihren Anfang genommen und dauern bis einschließlich 9. Januar, so daß der Unterricht am Dienstag, 10. Januar, wieder aufgenommen werden wird. An den deutschen Schulen beginnen die Weihnachtsferien morgen, Dienstag.

Ein Siebzigjähriger. Am 20. d. Mts. feiert der in Breslau XIII, Charlottenstraße 22, wohnhafte Geheimregerungsrat, Generalleutnant a. D. Franz Ausner seinen 70. Geburtstag. Er wurde am 20. Dezember 1850 in Kant geboren. Nach Vollendung seiner juristischen Studien wurde er Amtsrichter in Preußen. Im Jahre 1887 berief ihn der damalige Präsident von Stauby in das Direktionskollegium der Posener Landchaft als stellvertretenden Syndikus. Nach dem Abgange des Syndikus, Geheimregierungsrat Alois wurde er im Jahre 1902 Syndikus der Posener Landchaft. Welche fruchtbringende Tätigkeit Herr Ausner für dieses Institut geleistet hat, ist allen noch in frischer Erinnerung. Die statistischen Bestimmungen über die Errichtung der Posener Landchaftlichen Bank, die Verleihung des bürgerlichen Rufes, die Durchführung der Verleihung landwirtschaftlich genutzter Grundstücke bis zu zwei Drittel des landwirtschaftlichen Tagewerks usw. sind sein Werk. Sein scharfes juristisches Urteil, sein praktischer Sinn für Gegenwartsfragen, gepaart mit der Milde seines Wortes und seinen verbindlichen Umgangsformen haben ihm weit über den Kreis seiner Mitarbeiter bei der Posener Landchaft und deren Kreditverbunden die größte Wertschätzung und Ehrerbietung eingetragen. Vorbildlich hat Geheimrat Ausner auch auf sozialem Gebiete gewirkt. So war er viele Jahre vor seinem Ausscheiden aus seinem Amte Mitglied des Kirchenvorstandes der katholischen Franziskaner, Vorsitzender des aufgelassenen Landwehrvereins und vieler anderer wohltätiger Vereinigungen. Dort, wo es galt, die Not und das Elend seiner Mitmenschen ohne Unterschied des Glaubens, des Standes und der Parteizugehörigkeit zu mildern, war Geheimrat Ausner mit seiner Gattin zu finden. Von Schicksalsschlägen hat er nicht verschont geblieben. So starb ihm vor Jahren eine erwachsene Tochter, im Weltkrieg fiel sein einziger Sohn als Hauptmann im früheren 47. Infanterie-Regiment. Diese Schicksalsschläge hat er als gläubiger Christ ergebungsvoll getragen. Im August d. Js. nahm er seinen Abschied und ließ sich in seine Heimatprovinz über. Mögen dem verehrten Jubilar noch viele Jahre bei vollster Tätigkeit im wohlverdienten Ruhestande beschieden sein!

Deutscher Theaterverein. Am Donnerstag dieser Woche, dem 22. Dezember, findet die erste Aufführung des besonders von unseren Kleinen sehrstark erwarteten Weihnachtsmärchens statt. Das gewählte Stück heißt „Die verkaufte Prinzessin“. Verfasserin ist unsere Mitbürgerin Fräulein Waltraut Schultze. Die Aufführung findet im Saale des Zoologischen Gartens statt und beginnt schon nachmittags um 6 Uhr. Eintrittskarten zu 75, 100, 200 und 250 Mark sind in der Vereinsbuchhandlung zu haben.

Beim Nachzahlen der Wäschebände im Jüdischen Krankenhaus stellte man dieser Tage fest, daß für rd. 60 000 M. Bett- und Tischwäsche sämtlich mit den Wäschebänden J. R. gezeichnet, fehlt, vermutlich also gestohlen ist.

Ein uneheliches Dienstmädchen. Eine Frau Maria Jasi in der ul. Piotra Wawrzyniaka 33 (früher Kaiser Friedrichstraße) hat das Dienstmädchen Sophie Debnex einen Mordanschlag auf

ein Paar Schlittschuhe im Werte von 30 000 M. und verschwand damit spurlos.

Von einem Taschendiebstahl. In der Nacht zum Sonntag stahlen ein Einwohner von Samter als er am Sonnabend in der Kasa Krapiowa weiße Tauendmarke pp. einwechseln wollte. Er vermißte seine Brieftasche mit 43 100 M. in weisem und 31 000 M. in blauem Gelde.

Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum Sonntag stahlen ein Einbrecher der Nähmaschinenerei von J. Czarnikau, plac Wolności 2 (fr. Wilhelmplatz) einen unbekannten Besuch ab und stahlen dort für rd. zwei Millionen Mark Werte. Zunächst erbrachen sie den Geldschrank und entnahmen daraus fünf Millionen Mark, ein polnische Staatsanleihe über 10 000 M., zwei silberne Taschenuhren, einen goldenen Trauring, einen goldenen Ring mit zwei Saphiren, der mittelfest fehlt, sechs Armbanduhren, 9 Mark in Silber. Außerdem stahlen sie im Warenlager Umschau und stahlen 8 Jackentanzüge, einen schwarzen Smokinganzug, 2 Gehrocküberzieher, zwei Pelze mit schwarzem Bezug, einen braunen Ullter ohne Futter, einen hellen Sommer- und einen dunklen Jünglingsanzug.

Weiter sind in den letzten Tagen noch folgende Einbruchdiebstahl vorgelommen: Beim Bäckermeister Ulich in der ul. Graniczna 12 (fr. Grenzstr.) wurden in der Nacht zum Sonntag aus der Badstube 100 Mehlkörbe im Werte von 35 000 M. gestohlen. — Einem Bewohner des Hauses ul. św. Lazarska 2c wurden in der Nacht zum 17. d. Mts. zwei weiße wollene Bettdecken ein Tischtuch für 12 Personen und Bettüberzüge im Gesamtwerte von 35 000 M. gestohlen.

Schwefflau, 15. Dezember. Die Stadtverordnetenwahlen fanden am Sonntag statt. Es wurden 524 gültige Stimmen abgegeben, davon entfielen auf die deutsche Liste 420, und auf die polnische Liste 104 Stimmen. Es sind somit gewählt fünf deutsche und ein polnischer Stadtverordneter. Von polnischer Seite war die Wahlbeteiligung schwach, während die deutschen Wähler fast vollständig ihrer Pflicht genügten.

Kassel, 16. Dezember. Die Ärzte des Kreises Wirtshaus bekannt, daß sie von heute ab die Kassenmitglieder lediglich als Privatpatienten gegen sofortige Bezahlung behandeln werden, weil die Krankenkasse Wirtshaus sich weigert, die vom Posener Ärzteverband festgesetzte Gebühren-erhöhung anzuerkennen.

Noworodlaw, 17. Dezember. Von amtlicher Seite wird dem „Dz. Kur.“ mitgeteilt: Die Vertreter sämtlicher Berufsvereinigungen unserer Stadt haben im Einvernehmen mit dem Magistrat in ihrer Sitzung vom 15. d. Mts. beschlossen, eine freiwillige Steuer auf die Einwohner der Stadt Noworodlaw aufzulegen. Nach einer Berechnung würde diese Steuer rund 11 Millionen Mark ergeben, welcher Betrag für den Ankauf von Brot, Brennmaterial usw. für die ärmste Bevölkerung bestimmt werden soll. Das Bürgerkomitee, das aus den Vertretern aller Berufe besteht, wird in kürzester Zeit an alle Bürger Mitteilungen über die Höhe dieser Steuer versenden mit der Aufforderung, diese in die städtische Sparkasse einzuzahlen.

Briefkasten der Schriftleitung.

H. J. in P. 1. Wir setzen voraus, daß Sie die Auffassung vor 1918 erhalten haben, dann steht einem Tausche nichts im Wege. 2. Die 50prozentige Emigrantensteuer müssen Sie auch dann zahlen.

Rev. S. Als geborener Oberschlesier des jetzt abgetretenen Gebietes brauchen Sie einstweilen noch nicht zu optieren; diese Angelegenheit ist Gegenstand nachschwebender Verhandlungen.

A. G. R. 1. Ihr Besitz ist nicht liquidierbar. 2. Sie sind nicht berechtigt, das zugekaufte Land zu verkaufen. 3. Sie müssen sich an die Stelle wenden, von der Ihnen die Unfallsrente bisher ausgezahlt wurde.

L. R. A. Auch wenn Sie nicht optieren und hier wohnen bleiben, erhalten Sie die Ihnen zustehende Pension weiter.

Bahor W. S. Die Auskunft der Postagentur, daß Zeitungen nicht als Drucksache nach Deutschland geschickt werden dürfen, ist falsch. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an die Dyrekcja Poczt (fr. Oberpostdirektion) in Posen.

M. in P. Sie sind, da Sie im ehemals preussischen Teilgebiet geboren sind, polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität und mithin optionsberechtigt.

A. R. W. 1. Da Sie die Auffassung von der jetzigen Ansiedlungskommission erhalten haben, werden Sie nicht liquidiert werden. 2. Da Sie seit 1904 hier ansässig sind, sind Sie polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität. 3. Ihren Ausreisepaß erhalten Sie bei der polnischen Botschaft.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

| Offizielle Kurse: | 19. Dezember | 17. Dezember |
|--------------------------------------|--------------|--------------|
| Bank Zwizgila I—IX cm. (ungest.) | 220 + A | 220 + A |
| Bank Handlowa Poznań I—VIII | 355 + A | 355 + A |
| Amsterd., Rotterd. i. Sta. I—VI cm. | 225 + | 220 + |
| Bank Biernicki I—III | — | 230 + |
| Lubau | 590 + N | — |
| R. Barclowski I—V cm. | — | 130 + |
| Centrala Stör I—IV (erst. Bez.) | — | 230 + N |
| Centrala Rolnikow I—IV (er. Bez.) | 220 + N | 160 + N |
| Pagn. St. Drzewna (er. Bez.) I—IV | — | 520 + N |
| Polymorna Chemiczna III | 160 + A | 160 + A |
| Gegielski I—VII cm. (erl. Bezugsgr.) | 190 + | 175 + |
| Patia | 315 + A | 230 + A |
| G. Hartwig IV cm. | 325 + N | — |

Unoffizielle Kurse:

| | | |
|-----------------------------------|---------|---------|
| Bank Poznański | 120 + N | 120 + N |
| Bank Przemyslowy | 200 + A | — |
| Tri | 130 + N | 130 + N |
| Carlwig Kantorowicz (erl. Kupson) | — | 510 + N |
| Wielk. Puta Niedzi | — | 275 + N |
| Orient | 190 + | 185 + N |
| Benkfi | 480 + A | — |
| Wnemattfi | 145 + | — |
| Drzewo Wronki | 230 + N | — |
| Wagon Orlow | — | 135 + |
| Kabel (erl. Bezugsgr.) | 125 + A | — |
| Papiernia, Bydgoszcz | 175 + N | — |
| Tric | 160 + N | — |

Unoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 19. Dezember 1921.

| (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.) | |
|---|---------------|
| Weizen | 10 800—11 600 |
| Roggen | 7 400 |
| Waggen | 7 000—7 800 |
| Waggen | 7 500—8 000 |
| Weizenmehl 70% | 19 200—20 200 |
| Roggenmehl 70% | 10 000—11 000 |
| Gerstentrocken | 7 500—8 500 |
| Gerstentrocken ohne Handel | — |
| Weizen- u. Roggenmehl einchl. Sack | — |
| Gerstentrocken | — |
| Weizenkleie | 5300 |
| Roggenkleie | 5200 |
| Roggenstroh | 2800—3100 |
| Schmittbohnen | 11 000—12 000 |
| Gerstentrocken | 14 500—15 000 |
| Rüben | 13 000—14 000 |
| Obermennig | 13 000—14 000 |

Am Freitag, dem 23. d. Mts., findet keine Getreidebörse statt.

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: Dr. Loewenthal, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Politik und Provinzialverwaltung: Rudolf Herbrecht; für den Anzeigenteil: M. Grünbaum; Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Die glückliche Geburt eines
Jungen
zeigen in dankbarer Freude an
Norbert Kindler und Frau Elly,
geb. Böhmer
Świerczewo (Poznań), den 17. 12. 1921

Am Freitag abend 9 Uhr entlieh nach langem,
mit großer Geduld getragenen Leiden mein lieber,
guter Mann, unser treuer, geliebter Vater
Heinrich Brandstädter
Oberstadtssekretär a. D.
im Alter von 59 Jahren. [4350]
Dies gelien tiefbetrübt an:
Helene Brandstädter und Kinder.
Die Beerdigung findet am 21. Dezbr. nachm. 2 Uhr
von der Leichenhalle des Rathhais-Friedhofes aus statt.

Nach langem schweren Leiden verschied am
14. Dezember unsere verehrte liebe
zweite Vorfigende
Frau Dr. Elisabeth Anders.
Ihr warmes Interesse und ihre aufopfernde
Mithilfe, welche sie unserem Krankenhaus Bethesda
seit über 20 Jahren bewiesen hat, wird bei uns
niets in dankbarer Erinnerung bleiben. [4346]
Der Vorstand des Deutschen Frauen-
vereins für Gnesen und Umgegend.

Achtung!
**Wichtig für Gutsbesitzer, Land-
wirte u. Grundbesitzer!**
Ich habe stets kapitalkräftige Reflektanten.
Wer also willens ist, seine Besitzung
zu verkaufen, wolle seine Offerte mit
näherer Beschreibung u. Preisangabe einsenden.
Schnellste u. reelle Bedienung zugesichert. Re-
gulier. nach Wunsch in Deutschl. od. Danzig.
Agentur M. Myszkowski,
Poznań, ulica Półwiejska 4, Hof, parterre.

PHOENIX Reparaturen!
an Fensterrahmen, Nähmaschinen, Fahr-
rädern, Schreibmaschinen führt gut und
schnell aus durch eingearbeitete Sachleute.
Dom Maszyn WARTA
Poznań, Wielka 25. — Telephon 3733.

**Dom. Grocholin bei Kenna verkauft einen
Posten stärkefein.
Brennereierartoffeln;**
ebenfalls ist im Frühjahr ein Posten anerkannte [4344]
Saatartoffeln „Deodara“
abzugeben, worauf Bestellungen entgegengenommen werden.

Für Brennereien!
Guten, gesunden [4302]
Mais
aller Probeniengen offeriert zu billigsten Tagespreis.
S. Anker, Danzig,
Telegr.-Adr.: Aleianker. — Tel. 33, 385, 393.

Brennholz
Eichen-, Birken-,
Erlen- u. Aef-
kloben, trocken,
Waggonlad. u. Klein-
Mengen, auch ger-
lein., lief. frei Haus
A. Löwisohn,
Zwierzyńska 27.
Telephon Nr. 5080.

Drehbank (1—2 m Dreh-Bohr-
länge) u. starke [4347]
maschine kauft
W. Reichlein, Regno.

Citronen
offeriert
billigst **W. Blanek, Poznań,**
Maszalarska 7 a. Aleje Marcinowskiego 23.
Telephon 3416. Telephon 4060.

Kaufen Sie nur praktische Weihnachtsgeschenke!
Unsere Preise sind bedeutend herabgesetzt.

Sie finden die besten Geschenke für Mann, Frau u. Kind in unseren Abteilungen

für
Herren-Konfektion
Damen-Konfektion
Kinder- und Mädchen-Konfektion
Pelzwaren
Schuhwaren
Damenputz
Herren-Artikel

Alle Lager sind vom einfachsten bis zum elegantesten Genre reichlich sortiert.

Dom Konfekcyjny

Poznań

Stary Rynek

Bydgoszcz

[4354]

Dr. med. ALFRED KOLSZEWSKI
(früher Badearzt in Bad Elster und Meran)
Spezialarzt für innere Krankheiten
Sprechstunden von 9-10½ und 3-5 Uhr
Poznań, ulica Nowa 6 I. Tel. 11-22.

Kalender 1922
sind erschienen und durch unsere Geschäftsstelle zu beziehen:
Wandkalender Nr. 50.—
Lesefalender, allgemeiner 250.—
(herausgegeben vom Deutschumstund)
Lesefalender, landwirtschaftlicher 350.—
(herausgegeben vom Verband deutscher Genossenschaften).
In Vorbereitung befinden sich ferner und werden in
nächsten Tagen verandfertig:
Wochenabreisskalender (Blockform) Nr. 200.—
Notizkalender (Taschenbuchform) 250.—
bzw. in Ganzleinen dauer-
haft gebunden 350.—
Der Versand nach auswärts erfolgt gegen Einsendung
des Betrages zuzüglich Verpackung (5.—), Porto als Ein-
schreibsendung (25.—) oder unter Nachnahme (40.—) durch
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A. S.,
Poznań, ulica Zwierzyńska (Tiergartenstr.) Nr. 6.
Wiederverkäufer erhalten üblichen Rabatt.

Zwecks Erweiterung
unserer Fabrikeinrichtung zu kaufen gesucht:
1 Drehbank, 1½—2 Meter,
1 Chaping, 500 mm Sub,
1 Nutenstoßvorrichtg.,
2 Bohrmaschinen,
1 Kappsäge.
Eisofferter erbeten an [43742]

CENTRALA PŁUGÓW
T. z o. p.
Poznań, ul. Piotra Wawrzyniaka 29/30. Tel. 4152.

1 hocheleganter Vandauer, wenig ge-
1 herrschaftl. 4 sitz. Schlitten zu ver-
kaufen.
Näheres zu erfahren in der Geschäftsst. d. Blattes u. 2644.

Ankäte u. Bekante
Zahngelbisse
al e u. zerbrochene bis
10 000 M., ver Zahn
100—300 M., kauft
Kallmannsohn, Sw. Marek 124

Wichtig f. Amerikaner. Vert.
häßliche Anstellung, günst.
a. Chauffeur u. Stadt gelegen,
ion. schön. Stadtgrundstück,
geeig. f. Handw. u. Rentner.
Off. u. N. P. 4349 a. Gefchft.

Eiserne (4271)
**Geheim-
Schränkchen**
zum Einmauern Ersatz für
Geldschrank, feuer- u. diebes-
fest, empfiehlt und liefert
fort **Bruno Ziegler,**
Eisenhandlung, Rawicz

Stellenangebote
Suche zum 1. 1. 22 oder
später **Mädchen**
vom Lande, die mit im Haus-
halt behilflich ist. Familien-
anschl. **E. Allinger, Głowna**
p. Bobled usko Borna B. chod

Stellengeuche
Hauslehrer, geprüft, fachl.,
d. poln. Spr.
mücht., sucht sof. Stellg. Off.
u. 4353 a. d. Geschäftsst. d.
Bl. erbeten.

Stellentauch!
Tätiger Oberinspektor
mit hohem Eink. aus mehren
Hochschul- und Reichswirtschaft
Offiz., sucht mit e. solchem
Herrn a. Posen od. Pomn.
Diät. zugehörig. Angebote
unt. P. 4331 an die
Geschäftsstelle d. Blattes er-
beten.

PAŁACOWY
Teatr
plac Wolności Nr. 6.
Heute! Heute!
**Fürstin
Woronecow**
Drama aus den russi-
schen Gesellschafts-
kreisen in 6 Akten.
In der Hauptrolle:
Ellen Richter.
Grosses Künstler-Konzert.
Preise der Plätze:
200, 250, 300 Mark.

Weihnachtswunsch!
Junge geb. Dame wünscht
Briewechsel mit geb. Herrn
zwecks Gedankenaustrausch u.
späterer Heirat. Off. mögl.
m. Bild, welches zurückge-
lief. wird, u. „Weihnachtengel
4351“ a. d. Geschäftsst. d.
Bl. erbeten. Diskr. Ehrenf.

Weihnachtswunsch.
Landwirt, ev. 40 J., ver-
mögend, wünscht mit Land-
wirtsch. vermögend, zwecks
späterer Heirat in Briewechsel
zu treten. Ernstgem. Off. u.
N. N. 4356 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Einen Repräsentanten
für Poznań
sucht Papierfabrik, [43741]
die Packpapier und Pappe herstellt. —
Meldungen unter L. S. 6 an
Tow. Akc. Reklama Polska,
Warszawa, Jasna 10.

Suche für sofort oder 1. Januar ein gewandtes
1. Stubenmädchen. [4348]
Zeugnisse und Gehaltsanträge an
Baronin von Beeßen, Erzebnig,
Post Świecickowa, pow. Leszno (Lissa)
Deutschumstund Posen (Abt. Stellen-)
(vermittlung).
Wir suchen Beschäftigung für:
Arbeiter u. Handwerker für Stadt und Land. Fleischer-
geselle, Schuhmacher, Maler, Konditor, Mechaniker,
Schlosser, Elektriker, Dachdecker, Müller, Buchhalter,
Handlungsgehilfe, Bäcker, Metzger, Kellner.
Anfragen zu richten
Poznań, Waly Leszczyńskiego 2, Telephon 2157.

Donnerstag, d. 22. Dez.,
abends 6 Uhr, im grossen
Saal des Zool. Gartens:
Die vertauschte Prinzessin
Ein Weihnachtsmärchen in
4 Akten für große und
kleine Kinder.
v. Waltraut Schultheis.
Eintrittskarten zu 250, 200,
100 und 75 Mark einschl.
Steuer, in der Ev. Vereins-
buchhdlg. (ul. Wjazdowa).
Herrnschneider empfiehlt
sich für
Neu- und Umarbeiten
Schröter, ul. Kręta 22.
Suchen Sie Käufer
auf Ihr Gut, Landwirt-
schaft, Hausgrundstück,
Hotel, Geschäft usw., dann
wenden Sie sich vertrauens-
voll an die gerichtl. eingetr.
offene Handelsgesellschaft
von Heyman & Co.,
Jen. tele: Poznań 1,
Piekary 5. Tel. 3975.

Zu verkaufen:
Landwirtschaft,
60 Morgen, guter Boden,
an Chauffeur in ehem. Provinz
Poznań gelegen, ist mit tot.
und leb. Inventar sofort zu
verf. Bittend für Amerikaner.
Gefl. Angebote unter **C. B.**
4355 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes erbeten.